

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 20 (1979)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Portugal fünf Jahre danach ... immer noch : unbegrenzte  
Unmöglichkeiten  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094789>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Portugal fünf Jahre danach... immer noch:

# Unbegrenzte Unmöglichkeiten

Unser gelegentlicher Portugal-Korrespondent, der seit dem Umsturz verschiedentlich über das geplagte Land berichtet hat, kehrte soeben von einer weiteren Reise zurück und zieht eine erste Bilanz.

Kurz nach Mitternacht, am 25. April 1974, unterbrach das portugiesische Radio sein gewohntes Nachtprogramm, um unprogrammässig den verbotenen Polit-Song von «Grandola, der sonnenverbrannten, der Stadt der Brüder, den Freunden an jeder Ecke und der Gleichheit aller» auszustrahlen.

Das war das Signal für jene Handvoll verdienstlicher junger Offiziere gewesen, um in einem unblutigen Putsch das Rechtsregime des Ministerpräsidenten Marcello Caetano zu stürzen. Der Umsturz kam fürs westliche Ausland überraschend, aber ange deutet hatte ihn bereits im Juli 1970 ein General aristokratischer Abstammung im damals noch portugiesischen Guinea-Bissau:

«Das Mutterland verfügt über eine verknöcherte, überholte Bürokratie», meinte Antonio Ribeiro de Spínola. Und der General mit dem blankgeputzten Monokel im rechten Auge mahnte: «Wenn wir die soziale Gegenrevolution durchführen wollen, die geeignet ist, das Ueberleben Portugals als grosse Nation zu gewährleisten, dann müssen die Strukturen im Mutterland erneuert werden. Eine solche Erneuerung ist jedoch undurchführbar, wenn ihr keine Bewusstseins-erneuerung vorausgeht.»

## Verpasste Chance

Hier hatte sich bereits der portugiesischen — verkalkten — Oligarchie, aber auch den westeuropäischen Verbündeten Portugals in der Atlantischen Allianz (Nato), eine Alternative offenbart, die leider nicht wahrgenommen wurde. Auch nicht im Februar 1974, als Spínola mit seinem Buch über die «Zukunft Portugals» dem Ministerpräsidenten Caetano nochmals Chance und Plattform bot, denn: «Wir können nicht akzeptieren, dass heute so viele Portugiesen sterben, nur damit morgen noch mehr sterben können.» Der Krieg in Afrika gegen modernste sowjetische Waffen war mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen, «jedenfalls nicht mit den unvermeidlicherweise beschränkten, über die Portugal verfügt».

Caetano hingegen, der das Erbe des 1969 gestorbenen «Diktators der sanften Gewalt», Oliveira Salazar, angetreten hatte: «Ich kann es nicht tun. Ich kann die Legalität nicht brechen. Vor der Geschichte als der Schuldige zu stehen, was in Afrika danach geschehen wird.»

Und so brachen die Portugiesen vor nunmehr fünf Jahren zu «neuen Ufern» auf. Es war und ist eine fortgesetzte und gefährliche Gratwande-

lung. Mit Hilfe der Militärs war Salazar an die Macht gelangt, nachdem die junge portugiesische Republik in fünfzehn Jahren bis 1926 über 44 Regierungen verbraucht und die Politiker das Land in den Bankrott geführt hatten. Salazar sanierte den Staat, aber zum Preis der Diktatur. Die derzeitige Situation ist nicht unähnlich der damaligen vor-diktatorischen.

Aus den Nelken der April-Erhebung von 1974 sollte neues Leben, Freiheit, Entwicklung und Wohlstand erblühen. Aber diese Blume verblasste allzu rasch. Sie welkte schon bald, wurde zertrampelt in und von einer sogenannten revolutionären Phase, weil einzig die aus der Illegalität emporgetauchte Kommunistische Partei Portugals (PCP) über organisatorische Stärke verfügte.

Sechs Uebergangsregierungen gingen über die Bühne, derzeit ist die vierte verfassungsmässige Regierung im Amt, aber auf Abruf — und der kann schon morgen erfolgen.

Spínola, der erst am Mittag des Putschtages auf gemeinsames Drängen seiner Freunde und des von den Truppen eingeschlossenen Ministerpräsidenten Caetano an die Spitze der «Bewegung der Streitkräfte» getreten war, wurde von den

Kommunisten schon nach einem halben Jahr vom Präsidentenamt und nach einem teuflisch von ihnen konstruierten angeblichen Rechtsputsch im März 1975 aus Portugal gejagt.

## PCP im Machtkampf

Amok liessen die Kommunisten in der Zeit vom September bis November 1975 die Strasse gegen die Uebergangsregierung des Ministerpräsidenten Admiral Pinheiro de Azevedo laufen. Doch die Regierung trat nicht zurück, sondern sie streikte. Am 25./26. November 1975 probten die portugiesischen Moskau-Kommunisten mit Hilfe der Schocktruppe des «Kontinentalen operativen Kommandos» (COPCON) des Otelo Saraiva de Carvalho den Sturm auf die Macht, aber er wurde — allerdings im allerletzten Augenblick — aufgehalten.

Möglicherweise hatte die Partei dazu den sowjetischen Segen, aber nicht unbedingt die Unterstützung des Kremls. Denn: Die PCP hatte bereits zuvor tapfer und in «internationalistischer Pflichterfüllung» ihr Soll vollbracht, Mozambique und Angola, die grössten ehemaligen portugiesischen Afrika-Gebiete, sowjetischem Einfluss und sowjetischer Kontrolle zugeführt.

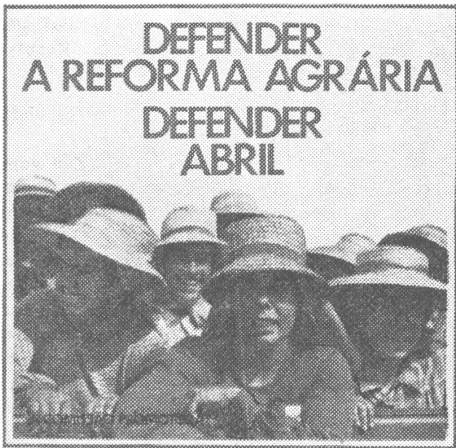
Nur möglicherweise, weil zu jenem Zeitpunkt, als «Eurokommunismus» vielen westeuropäischen Gemütern bereits als demokratische Alternative salonfähig erschien, die Machtübernahme in Portugal durch eine als sowjethörig bekannte kommunistische Partei doch Alarm und Widerstand in Westeuropa erweckt hätte. Und schlafende Westeuropäer sind Moskau erwünschter und den eigenen Zielen förderlicher.

Die gegenwärtige Regierung des Ministerpräsidenten Mota Pinto stützt sich auf den Staatspräsidenten Ramalho Eanes; sie ist keiner Partei verpflichtet. Das schmerzt die politischen Parteien. Die einen wollen Neuwahlen, so die Sozialdemokraten (PSD), die anderen ebenfalls vorzeitige Präsidentschaftswahlen, so die Kommunisten und das Soziale und Demokratische Zentrum (CDS).

Die Sozialisten von Mario Soares, die zweimal



General Spínola (ganz rechts) in Guinea-Bissau.



In ihrer Werbung – hier mit einem Aufkleber für die Agrarreform – verzichtet die kommunistische Partei Portugals (PCP) jetzt auf Hammer und Sichel.

eine verfassungsmässige Regierung stellten, zögen eine Regierungsumbildung vor und Neuwahlen ordnungsgemäss im April übers Jahr. Dissidente Sozialisten und Sozialdemokraten propagieren hingegen ein «Manifest der Erneuerung»: Es solle mittels einer Volksabstimmung die Verfassung geändert, dem Präsidenten mehr Machtbefugnisse eingeräumt und dem Volk die direkte Teilnahme an politischen Entscheidungen gewährt werden.

In einem sind sich alle Parteien, ausser den Kommunisten, einig, dass nämlich die Verfassung geändert werden müsse. Ueber den Weg einer Verfassungsrevision streiten sie sich. 1976 war auf Druck linker Militärs und der PCP in die Verfassung aufgenommen worden, dass Portugal zum «Sozialismus einer klassenlosen Gesellschaft» übergehen müsse:

So ist verantwortungslos verstaatlicht worden, aber die verstaatlichte Wirtschaft ist nicht der Motor der Entwicklung geworden, sondern verschluckt immer grössere Subsidien. Die Staatsbetriebe ruinieren den Staat, die Verfassung

schreckt — dringend erwünschte — ausländische Investitionen ab.

### Teure Bürokratie

Zur Verlotterung des Landes hat neben der politischen Agitation der PCP (und ihrer Mitläufer) und der kommunistisch beherrschten Gewerkschaften auch eine beispiellose Aufblähung des Staatsapparates unter den sozialistischen Regierungen beigetragen, aber ebenso eine ans Skrupellose grenzende Vetternwirtschaft. Exministerpräsident Soares wird öffentlich nachgesagt, über tausend nähere und fernere Bekannte und Verwandte auf Staatskosten mit Posten, Stipendien usw. versorgt zu haben. Dementiert hat er nie wie auch nie dem Vorwurf ehemaliger engster sozialistischer Mitarbeiter und Mitkämpfer widersprochen, dass er vergangenes Jahr gerade in der brisanten Frage der Agrarreform mit den Kommunisten gesetzwidrig paktierte.

Tausende von Fachkräften sind abgewandert und nicht mehr zurückgekehrt. Nichtsköner machten sich in der Verwaltung breit. Ganze Korkernten wurden an den Sowjetblock verkauft, um dann festzustellen, dass die einheimische Verarbeitungsindustrie damit ruiniert wird. Also musste Kork aus dem Nachbarland Spanien importiert werden. Für zweieinhalb Escudos den Liter wurden Weinernten der Sowjetunion verkauft — für zwölfteinalb Escudos wird derzeit der Liter Wein aus Bulgarien eingeführt, um dem einheimischen Konsum zu genügen. Die Liste der unbegrenzten Unmöglichkeiten liesse sich ins Unendliche fortsetzen. Auch mit diesem Beispiel:

(Pro-)Kommunist und Ex-Uebergangsmministerpräsident Vasco Gonçalves hat ebenfalls in «internationalistischer Pflichterfüllung» dem kommunistischen Mozambique alle Schulden erlassen; ihn könnte aber heute kein portugiesisches Gericht deswegen belangen, weil er wahrscheinlich von den Psychiatern als unzurechnungsfähig erklärt würde.

So sehen heute die Portugiesen wenig Zukunftsaussichten, werden von ungezügelter Teuerung,



Zu PCP-Protestversammlungen wurden bisher Landarbeiter aus dem «roten» Alentejo nach Lissabon gebracht – Arbeitszeit und Transporte auf Kosten des Staates. So haben Kooperativen die Staatssubventionen zweckentfremdet.

Arbeitslosigkeit, Wohnungs- und ernsthafter Lebensmittelknappheit in schier unwürdiger Weise bedrückt und bedrängt. Und das fühlt sich schlimm für ein Volk, das einst derart viel Gewicht auf «dignidade — Würde» gelegt hatte. Hatten sie früher auch nicht gerade viel, so war's wenigstens «dignidade». Heute besitzen sie kaum noch etwas, auch jene nicht, die den Umsturz bejubelt hatten: Jene Leute, die der 1970—1973 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung des Landes aus der Provinz gelockt hatte, jene Männer, die kleinbürgerlichen Schichten entstammten und die immer mehr untere und mittlere Posten eingenommen hatten. Aber sie waren unzufrieden gewesen, weil sie über einen bestimmten Punkt in den wenigsten Fällen hinauskamen, derweil die Massenmedien ständig von Chancengleichheit berichtet hatten.

Dadurch war jene latente Unzufriedenheit entstanden, die mehr soziologischer als politischer Natur war, die wesentlich zu einem 25. April 1974 beitrug.

Portugal ist heute nicht mehr Prügel-, sondern Bettelknabe. In die Milliarden ging bisher die westliche Hilfe, die — aber mit präziseren Auflagen — fortgesetzt werden muss, damit Portugal schleunigst in die Europäische Gemeinschaft integriert werden kann. Das würde Freiheit und Demokratie in Portugal wesentlich stärken... und wäre eine unschätzbare und notwendige Schule für die portugiesischen Politiker, die noch lernen müssen, dass Demokratie auf die Dauer nicht diskreditiert werden darf, dass Demokratie in erster Linie auch unbedingte Bereitschaft zum Kompromiss bedeutet.

Das ist die Voraussetzung für ein Land der Brüder, der Freunde an jeder Ecke und der Gleichheit aller...

gn.



Der April-Umsturz von 1974 war völlig unblutig verlaufen. Aber vier Todesopfer forderte der Staatsstreich, den die PCP im November 1975 versuchte. Zu Grabe getragen wird hier ein Soldat in Moita südlich von Lissabon, auf den hinterrücks tödliche Schüsse abgegeben worden waren.